

Newroz 2010

Bericht der YEK-KOM
Beobachterdelegationen
beim Kurdischen Neujahrsfest
in der Osttürkei/Kurdistan

YEK-KOM e.V.
FÖDERATION KURDISCHER
VEREINE IN DEUTSCHLAND

Newroz 2010

Berichte der Delegationen zur
Menschenrechtsbeobachtung aus

- Bremen/Hannover
- Hamburg/Kiel
- Berlin

YEK-KOM e.V.

FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND

Graf-Adolf-Str. 70a | D-40210 Düsseldorf

Tel: 02 11/1 71 14 51-2 | Fax: 02 11/1 71 14 53

E-Mail: info@yekkom.com | yekkom@gmx.net

www.yekkom.com

© März 2010

Fotos: Julia Körperich, Christian Jakob und Julia Neuse.

I. Bericht der Delegation Bremen/Hannover

Inhalt

Teil A – Minderjährige politische Häftlinge

Teil B – Gefallene, Gefangene, Verschwundene

Teil C – Verfolgung von Journalisten

Teil D – Politische Organisation und Repression

TeilnehmerInnen

Jana Behrens, Medizinische Flüchtlingsolidarität Hannover

Inci Dul, Birati e.V., Bremen

Gül Seven Güzel, Arbeitskreis Asyl, Stuttgart

Christian Jakob, Journalist, Bremen

Julia Körperich, Rechtsanwältin, Bremen

Julia Neuse, Medizinische Flüchtlingsolidarität Hannover/Rote Hilfe e.V.

Antje Steinberg, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bremen

Kontakt: karawane_bremen@web.de

Teil A – Minderjährige politische Häftlinge

2007 hat das Verfassungsgericht in Ankara ein Urteil gefällt, demzufolge auch Kinder für Unterstützungshandlungen als Teil einer Terrororganisation betrachtet werden können. Dazu wurde der Artikels 8 des türkischen Anti-Terror-Gesetzes TMY neu interpretiert. Kinder von 12 bis 14 Jahren können seither von speziellen Gerichten zu langjährigen Strafen verurteilt werden, Minderjährige im Alter von 15 bis 18 bereits wie Erwachsene. Der im Jugendstrafrecht gemäß der 1995 von der Türkei ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention geltende Grundsatz der Schutz der privatsphäre von Kindern, wird herangezogen, um der Öffentlichkeit den Zugang zu den Prozessen zu verweigern. Die geschieht auch dann, wenn die Kinder strafrechtlich wie erwachsene TerroristInnen behandelt werden. Die Inhaftierung Minderjähriger wurde bei unserer Delegationsreise von fast allen Gesprächspartnern als besonders dringliches Problem benannt.

→ Aktuelles Fallbeispiel: Erkan Balaban, 15 Jahre

Am 6. Dezember 2009 wurde der heute 15-jährige kurdische Jugendliche Erkan Balaban aus Diyarbakir nach einer Demonstration verhaftet und ist seitdem im Gefängnis von Diyarbakir Haft. Wir trafen seine Familie am 18. März 2010 im Hohen Strafgericht in Diyarbakir, wo sie uns auf das Verfahren gegen ihren Sohn aufmerksam machte. Wir baten die Familie um ein Gespräch und trafen seine Mutter, Jahide Balaban, 34, und seine Schwester, Yagmur Balaban, 17, am 20. März in einer Teestube nahe der BDP-Zentrale. Die Familie ist arm, der Vater ernährt die sieben Kinder im Alter von drei bis 17 Jahren mit unzureichenden Einkünften aus

seiner Arbeit als Taxifahrer. Er musste eine dreijährige Haftstrafe wegen Schmuggels verbüßen.

Die ganze Familie war am Sonntag, dem 6. Dezember in Diyarbakir zu einer Demonstration gegen die Haftbedingungen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan gegangen. An jenem Tag waren rund 15.000 Menschen auf der Straße. Als die Polizei dem Protestzug den Weg versperrte, flogen Steine. Die Familie Balaban, so berichtete uns die Mutter, verließ daraufhin die Demonstration, ihr Sohn Erkan hingegen blieb. Die Polizei ging mit Wasserwerfern, Tränengas und scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Der 23-jährige Aydin Erdem wurde durch eine Kugel getötet, zwei weitere Menschen wurden verletzt. Es gab 113 Festnahmen, darunter 19 Minderjährige. Einer davon war Balaban.

Die Polizei werfe ihm vor, Polizisten beleidigt und Steine geworfen zu haben, berichtet seine Mutter. Einer seiner Freunde sei frei gelassen worden, weil die Familie umgerechnet rund 200 Euro Bestechungsgeld an die Polizei gezahlt habe. Die Balabans hätten

sich das nicht leisten können. Auch die anderen verhafteten Jugendlichen seien mittlerweile freigelassen worden. Erkan hingegen blieb in Gewahrsam seiner Mutter berichtete er, dort misshandelt und so stark in den Magen geschlagen worden zu sein, dass er sich übergeben musste.

Bei der Vernehmung von Erkan habe die Familie nicht dabei sein dürfen. Im Gefängnis sei es nicht zu weiteren Misshandlungen gekommen. Die engste Familie dürfe Erkan ein Mal wöchentlich besuchen. Entfernte Verwandte und Freunde hätten jedoch kein Besuchsrecht. Bei Betreten des Gefängnisses müsse die Familie intensive Kontrollen über sich ergehen lassen und Schuhe und Kopftuch ablegen. Geschenke, Essen oder Kleidung dürfe sie Erkan nicht mitbringen, lediglich Geld sei erlaubt. Die Mutter spare sich vom wenigen Geld der Familie wöchentlich umgerechnet 15 Euro für Zigaretten ab, damit der Sohn "im Gefängnis wenigstens genug zu rauchen hat".

Die Wärter seien bei den Besuchen in einem großen Raum mit



→ mädchen beim newroz-fest in diyarbakir, 21.03.10

mehreren Familien mit anwesend. Länger als 40 Minuten dürften sie den Sohn nicht sehen. Im Gefängnis gebe es weder Lehrer, Ärzte noch Psychologen zur Betreuung der Jugendlichen. In Erkans Haft Raum seien rund 35 Jugendliche (laut einer Liste des Menschenrechtsvereins IHD sind es allerdings nur 24) im Alter von zwölf bis 18 Jahren eingesperrt. Sie würden sich mit Handarbeit wie der Herstellung von Schmuck beschäftigen, sagt die Mutter. Manche Jugendlichen seien Waisen und würden überhaupt keinen Besuch bekom-

Fortsetzung der Verhandlung am 13. Mai soll Erkan in Haft bleiben.

Seine von der Anwaltskammer gestellte Anwältin Saime Erdogan bestätigte uns bei einem Gespräch am 25. März die Darstellung der Mutter im Wesentlichen. Die Staatsanwaltschaft habe noch kein konkretes Strafmaß verlangt. Sie rechne damit, dass Erkan B. eine Haftstrafe von 8,5 Jahren droht. Das besagte Foto zeige Erkan zwar "im Tatgeschehen", nicht aber beim Werfen von Steinen. Das Video habe sie noch nicht gesehen. Es sei jedoch nur bedingt von Bedeutung, weil nach ihrer Erfah-

der Ärztekammer der Provinz Diyarbakir (*Diyarbakır Tabip Odası Başkanı*), Adnan Selcuk Mizrakli sollen allein in der Provinz Diyarbakir derzeit 500 politisch motivierte Anklagen gegen Minderjährige anhängig sein, türkeiweit seien es rund 3.000.

Mit einer Kommission aus Kinderpsychologen, Pädagogen und Ärzten sowie Vertretern des Jugendamtes von Diyarbakir und der Anwaltskammer hat Mizrakli im April 2009 das Gefängnis von Diyarbakir besucht, um sich ein Bild über die Lage der einsitzenden Minderjährigen zu machen. Seither hätten Vertreter der Anwalts- und Ärztekammer das Gefängnis noch mehrfach besucht.

Nach Mizraklis Ansicht ist die Haftanstalt für Kinder ungeeignet. Es gebe dort kaum Platz zum spielen, keine Sportmöglichkeiten oder Musikinstrumente. Die Betten seien, ebenso wie die Kleidung der jungen Gefangenen, nicht sauber. Oft werde ihnen verboten, ihre Familien zu sehen.

Mizrakli berichtet etwa von einem Jungen, der bei einem Besuch seines Vaters diesem das in der Türkei als PKK-Symbol verbotene "Victory"-Zeichen aus gespreiztem Zeige- und Mittelfinger gezeigt habe. Daraufhin erließ die Gefängnisleitung eine dreimonatige Besuchssperre. "Es gibt dort keine SozialpädagogInnen, keine PsychologInnen und keine LehrerInnen. Niemand unterrichtet die Kinder," sagt auch Mizrakli. Es handele sich nicht um ein spezielles Jugendgefängnis, dort seien auch erwachsene Sträflinge untergebracht. Die Minderjährigen hätten allerdings einen separaten Trakt.

Die Jungen verteilen sich auf drei Hafträume mit 15 bis 24 Insassen. Laut Mizrakli dürfen sie zwei bis drei Stunden am Tag auf den offenen Hof. Es gebe Fernsehen, ärztliche Versorgung erreiche die Gefangenen aber oft nur mit starker Verzögerung. Zu körperlichen Misshandlungen durch die Wärter-



→ newroz in diyarbakir, 21.03.10

men. Ein Mal in der Woche freitags dürften sie für eine halbe Stunde in den Hof gehen (nach Angaben der Ärztekammer von Diyarbakir dürfen die Jugendlichen allerdings täglich auf den Hof).

Nach Darstellung der Mutter sei Erkan bei einem Verhör ein Zeitungsfoto gezeigt worden. Man habe ihn gefragt, ob er auf dem Foto zu sehen sei. Das habe er bejaht. Auf dem Foto habe er die Hände in den Taschen, sagt die Mutter. Dennoch behauptet die Polizei, er habe Steine geworfen. Allerdings gibt es auch ein Video der Demonstration, das die Mutter jedoch nicht gesehen hat. Bis zur

rung die Polizei bei dürftiger Beweislage vor Gericht oft behauptete, die Angeklagten hätten sie beleidigt. "Das ist wie im Lotto," sagte Erdogan.

→ Haftbedingungen

Nach einer aktuellen Aufstellung des Menschenrechtsvereins IHD (*İnsan Hakları Derneği*) gibt es allein in Diyarbakir derzeit 63 minderjährige politische Häftlinge, darunter zwei Mädchen. Die 14-jährige Beriwan Sayaca etwa solle 13,5 Jahre im Gefängnis bleiben. Im Februar diesen Jahres habe sie Steine auf Polizisten geworfen, ohne jedoch jemanden verletzt zu haben. Laut dem Geschäftsführer

rInnen komme es laut Mizrakli offenbar nicht. Das hatte uns auch Jahide Balaban gesagt. Die Inhaftierung unter solchen Bedingungen müsse jedoch als psychische Misshandlung gelten.

Viele der Kinder müssten Strafen von über zehn Jahre absitzen, manche gar mehr als zwanzig Jahre. Die Vergehen seien in der Regel die Beleidigung von Polizisten, das Werfen von Steinen auf "Sicherheitskräfte" oder aber das bloße Vermummten auf Demonstrationen, das als Guerilla-Symbol gewertet werde.

→ Einschätzung des Menschenrechtsvereins IHD

Auch der Menschenrechtsverein IHD äußerte sich zur Lage inhaftierter Minderjähriger. Die Kinderkommission des Vereins versucht, die Einzelfälle zu erfassen und kostenlos Rechtsbeistand zur Verfügung zu stellen. In der Türkei hat zwar von Gesetzes wegen jeder Anspruch auf einen Pflichtverteidiger, es wurde jedoch dem IHD berich-

tet, dass betroffene Kinder nach Aussagen der Polizei auf ihre Pflichtverteidigung verzichtet hätten und so ohne Beistand waren. Viele Kinder hätten angegeben, dass sie zwischen Festnahme und Ankunft im Polizeipräsidium geschlagen und stark eingeschüchtert wurden. Der in Diyarbakir festgenommene Kirk Boran etwa sei derart misshandelt worden, dass seine Kleidung blutgetränkt war. Es sei ihm gelungen, diese seinen Eltern zu schicken, die sie an den IHD weitergaben.

Während es früher zu mehr Fällen von körperlicher Folter kam, nähmen heute die psychischen Foltermethoden zu. So würden Kinder nachts zum Verhör geweckt, sexuell gedemütigt oder beschimpft. Kinder würden gemeinsam mit nicht politischen Straftätern untergebracht und seien Misshandlungen von Mithäftlingen ausgesetzt. Die Ernährungssituation sei mangelhaft. Es gebe Berichte von Fingernägeln im Essen.

→ Anwaltskammer

Auch der Vorsitzende der Anwaltskammer von Diyarbakir (*Barosu Başkanı*) Emin Aktar, kritisierte die zunehmende Inhaftierung Jugendlicher aus politischen Gründen. "Seit drei Jahren werden Minderjährige als TerroristInnen eingesperrt. Damit machen sich die Richter zum Werkzeug des Staates gegen die KurdInnen. Ich war vor zwei Wochen im Gefängnis, dort waren 66 Kinder, davon zwei Mädchen. Wir wissen, dass ähnlich viele in Van, Adana und Istanbul in Haft sind." Sie würden ab dem Alter von 15 Jahren wie Erwachsene behandelt, weil sie an politischen Protesten teilgenommen haben. Dennoch werde die Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen mit dem Argument des Jugendschutzes ausgesperrt, weil Kinder unter 18 angeblich "unter dem Schutz des Gesetzes" stünden.

Die Anwaltskammer plant eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHM). Dies dauere aber sechs



→ junge sympathisanten der kurdischen partei BDP vor der parteizentrale in diyarbakir, 20.03.10
seite 6



→ kurdin beim newroz-fest
in diyarbakir, 21.03.10

Jahre, weil zuerst alle nationale nRechtswege beschritten werden müssten. Ein jetzt 15 Jahre alter Gefangener habe davon kaum etwas. "Wenn der Prozess in Straßburg vorbei ist, ist er 22," sagte Aktar.

Die Angaben von IHD und Anwaltskammer werden durch den UNICEF-Bericht "*Field Visit Report on Children Deemed to be Terrorist Offenders for Participating in Demonstrations*" von 2009 gestützt.

→ Initiative der Ärztekammer

Die Ärztekammer betrachtet die zunehmende Inhaftierung Minderjähriger wegen politischer Vergehen als "riesiges psychisches Problem

für die Jugendlichen und riesiges soziales und politisches Problem für die KurdInnen," sagte uns ihr Vorsitzender Dr. Adnan Selçuk Mizrakli.

Ein schriftlicher Bericht über die Zustände in dem Gefängnis wurde von einer von der Kammer zusammen gestellten Kommission verfasst und im Mai 2009 dem Parlament in Ankara übergeben. Passiert sei daraufhin "absolut nichts," sagt Mizrakli. Der Chef der rechtsextremen *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP), Devlet Bahçeli, habe ihnen gesagt, wer "heute Steine wirft, der nimmt morgen Waffen gegen unsere Soldaten in die Hand."

"Kinder können nicht aus politischen Gründen verurteilt werden. Kinder sind Kinder, man kann sie

nicht behandeln wie Erwachsene," sagt Mizrakli. "Das muss aufhören, sie sollen mit ihren Familien leben können."

Die Ärztekammer fordert die Entlassung der wegen politischer Vergehen einsitzenden Kinder und Jugendlichen und ein "Rehabilitationsprogramm" mit psychosozialen Elementen und einer nachholenden Schulausbildung.

Mizrakli erklärt die zunehmende Repression gegen Minderjährige mit der geänderten politischen Strategie der KurdInnen. "Seit etwa vier Jahren hat die kurdische Zivilgesellschaft Druck auf die Guerilla ausgeübt, damit diese ihre bewaffneten Aktionen einstellt. In dieser Zeit wurden die Aktivitäten des legalen, politischen Arms der Bewegung intensiviert."

Das habe sich in dem Wahlerfolg der inzwischen verbotenen DTP bei den Kommunalwahlen 2009 niedergeschlagen. Um dieser zivilen Konsolidierung der kurdischen Politik entgegen zu wirken, wolle die Regierung Kinder und Jugendliche durch solch drakonische Strafen abschrecken, sich in kurdischen Strukturen zu politisieren.

→ Initiative der Bildungsgewerkschaft Egitim Sen

Auch beim Besuch des Bezirksvorsitzenden der Bildungsgewerkschaft *Egitim Sen*, der türkischen Schwesterorganisation der deutschen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Abdullah Kadaran ging es um dieses Thema.

Ein besonderes Problem sei, dass die Jugendlichen nicht beschuldigt würden und nach ihrer Entlassung häufig den Anschluss in der Schule verloren haben, sagte Kadaran. Gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Diyarbakir arbeitet Egitim Sen an einer Initiative, um die Jugendlichen in der Haft zu beschulen. Geplant ist, den Unterricht vor allem in kurdischer Sprache stattfinden zu lassen

Teil B – Gefallene, Gefangene, Verschwundene

→ Allgemeine Einschätzung der Menschenrechtssituation

Nach Einschätzung des IHD hat die Regierung im letzten Jahr ihre Politik gegenüber der kurdischen Bevölkerung wesentlich geändert. In den 90er Jahren wurden Menschen ermordet, heute steigt dafür die Zahl der Festnahmen sehr stark an. Für geringfügige Vergehen werden unverhältnismäßige Höchststrafen verhängt, berichte uns der IHD-Büroleiter Burhan Zorooglu in Diyarbakir.

schehe, sei "Null Toleranz" gegen Folter nicht möglich, sagte Zorooglu.

Beispielsweise sei der Mord an dem politisch aktiven Studenten Erdem Aydin im Winter 2009 in Diyarbakir auf einer nicht angemeldeten Demonstration nicht aufgeklärt worden, weil die potentiellen Zeugen aus Angst vor Repressionen keine Angaben machten und die am Ort der tödlichen Schüsse installierte befindliche Überwachungskamera angeblich nicht

gegen die nicht vorgegangen werde.

Etwa 50 schwerstkranke Gefangene in osttürkischen Haftanstalten würden nicht oder nicht ausreichend medizinisch versorgt oder nicht aufgrund ihres Gesundheitszustandes entlassen. So habe Amnesty International in London beispielsweise den Fall des chronisch kranken Gefangenen Nurettin aufmerksam gemacht, ohne dass eine Reaktion erfolgte (dies konnten wir bei Amnesty nicht verifizieren). Auch wurde von der Behandlung von kranken Gefangenen in Van in einer Leichenhalle berichtet.

Die Verhaftungen nähmen insgesamt zu. Vor einem Jahr waren 154 politische Gefangene in Haft, heute seien es über 1.000 allein in der Region Diyarbakir sagte Zorooglu.

Am Mittwoch, dem Tag unserer Ankunft in Diyarbakir, wurden im rund 200 Kilometer östlich gelegenen Siirt 13 Personen festgenommen, darunter der lokale IHD-Vorsitzende und sein Stellvertreter sowie Mitglieder der kürzlich verbotenen kurdischen Partei DTP und der legalen Kurdenpartei BDP. Acht BürgermeisterInnen und fünf IHD-Funktionäre seien in Haft, darunter der ehemalige stellvertretende IHD-Vorsitzende Muharrem Erbey, der sich insbesondere mit den 940 Verschwundenen der letzten zehn Jahre und der Ermordung von Guerillamitgliedern beschäftigte.

→ Meya-Der: Selbsthilfe für Angehörige "Verschwundener"

Bei einem Besuch erläuterte Hasan Pence, der Vorsitzende von Meya-Der (*Mezopotamya Yardımlaşma Derneği*), einer kurdischen Selbsthilfeorganisation von Kriegsoferfamilien, die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung der militärischen Auseinandersetzungen.

So habe der kurdisch-türkische



→ alter mann an der absperrung der hauptbühne des newroz-fests in diyarbakir, 21.03.10

Die Polizei gehe bei Demonstrationen extrem gewalttätig vor. Staatsbedienstete wie Richter verhielten sich über die Maßen staats-treu, anstatt ihre Unabhängigkeit zu wahren. Im Amt begangene Verbrechen würden nicht strafrechtlich verfolgt. Solange dies nicht ge-

funktionierte. Die Untersuchung des Todes von Ceylan Önkol, eines Mädchen aus Lice im November 2009 durch eine explodierende Rakete des Militärs dauert noch an. Dorfbewohner würden dem IHD häufig von Übergriffen der so genannten Dorfschützer berichten,

Konflikt rund 17.500 Opfer gefordert, deren Todesumstände bisher ungeklärt seien. In diesen Fällen wurde entweder keine Leiche gefunden, oder die Todesursache ließ sich nicht rekonstruieren. Noch immer sind viele Massengräber entweder nicht entdeckt oder nicht ausgehoben. Das türkische Militär hat sich lange heftig dagegen gewehrt, dass hier Nachforschungen angestellt werden, weil so möglicherweise Beweise für Kriegsverbrechen sicher gestellt werden könnten.

Lange war das Thema offiziell tabuisiert, jede öffentliche Auseinandersetzung damit wurde hart bestraft. 2006 organisierte das "Internationale Komitee gegen das Verschwindenlassen" (ICAD) zusammen mit dessen türkischen Sektion YAKAY-DER (*Yakınlarını Kaybeden Ailelerle Yardımlaşma ve Dayanışma Derneği*) in Diyarbakir einen großen Kongress. Damals konnten zum ersten Mal Angehörige von Verschwundenen öffentlich über ihre Erfahrungen sprechen. Einige der Organisatoren wurden im August 2007 wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer verbotenen linken türkischen Partei zu langen Haftstrafen verurteilt. Das Thema blieb jedoch auf der Tagesordnung. 2008 wurde Meya-Der gegründet.

Seitdem seien dort etwa 2.000 Anträge auf Nachforschung eingegangen, berichtete Pence. In 600 Fällen konnte der Verein die Todesursache feststellen beziehungsweise eine Leiche bergen. Zuletzt wurde am Mittwoch, dem 16. März in der Nähe der Stadt Kiziltepe südlich von Diyarbakir die Leiche eines im Jahr 1992 verschwundenen PKK-Kämpfers gefunden.

Die Identifikation der geborgenen Gebeine erfolgt häufig mit Hilfe von DNA-Tests, für die der türkische Staat auf Antrag der Angehörigen die Kosten trägt, wenn Meya-Der oder andere Organisationen die Gräber, teils Massengräber, exhumieren lassen. "Der Krieg hat 30

Jahre gedauert, fast alle Familien hier haben Opfer zu beklagen. Teils ist nur eine einzige Person übrig geblieben," sagt Pence. Mit Meya-Der wolle man einen Raum schaffen, in dem sich Hinterbliebene gegenseitig Halt geben können. Weiter gehe es vor allem darum, dass die Toten eine angemessene Grabstätte erhalten. Zur ihrer Arbeit gehöre aber auch das Bestreben um politische Aussöhnung. Hierzu habe Meya-Der 2008 eine Demonstration mit 10.000 bis 15.000 TeilnehmerInnen organisiert, bei der Angehörige gefallener PKK-KämpferInnen gemeinsam mit Angehörigen gefallener türkischer Soldaten und anderen Kriegsoptionen in Diyarbakir demonstriert hätten.

Die finanzielle Lage von Meya-Der sei prekär. Von 27 Vorstandsmitgliedern seien nur sieben in der Lage aktiv mitzuarbeiten. Alle übrigen könnten sich dies nicht leisten. Pence arbeite in den Sommermonaten als Saisonarbeiter, von diesen Einkünften lebe er den Rest des Jahres. Die Organisation hofft auf Zuwendungen der EU, um weiter Nachforschungen über die während des Krieges verschwundenen KurdInnen anstellen zu können.

Neben fehlendem Geld sei die juristische Verfolgung ein weiteres Problem. Gegen fast alle AktivistInnen von Meya-Der ermittle die türkische Justiz, in der Regel wegen angeblicher Propagandadelikte. Pence selber habe eine 30-monatige Haftstrafe abgesessen, weil er Abdullah Öcalan als "Anführer der Kurden" bezeichnet habe.

→ Tuha-Der, Selbsthilfe für die Angehörigen Gefangener

Im Anschluss berichtete Selahattin Kaya, ein Vertreter der Gefangenenhilfsorganisation Tuha-Der über seine Arbeit. "In der Türkei gibt es so viele Gefängnisse, bald reichen die Buchstaben nicht mehr," sagte er in Anspielung darauf, dass die Typen von Gefängnis-

sen derzeit mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F, H, K, L, M und T kategorisiert werden. "Und für wen werden die gebaut? Für die Kurden!" sagte Kaya.

Den Einwand, dass auch linke TürkInnen häufig aus politischen Gründen zu sehr langen Haftstrafen verurteilt würden, wies Kaya zurück. Seiner Ansicht nach gebe es eine Zwei-Klassen-Justiz auch im Hinblick auf politische Gefangene. Dies äußere sich unter anderem darin, dass Gnadengesuchen todkranker politischer Gefangener eher stattgegeben würde, wenn es sich um TürkInnen handelt.

Es gebe derzeit 54 tödlich erkrankte kurdische Gefangene in türkischen Gefängnissen. Gnadengesuche würden abgelehnt. So habe im Fall des kurdischen Häftlings Nurettin Soysal ein Amtsarzt die Diagnose einer innerhalb von sechs Monaten zum Tode führenden Erkrankung bestätigt, jedoch hinzugefügt, Soysal könne dennoch weitere drei Monate in Haft bleiben. Amnesty International in London habe den Fall aufgegriffen, ohne dass eine Reaktion erfolgt sei.

Kaya schilderte, dass ein großes Problem bei der Betreuung kurdischer Gefangener sei, dass die türkische Justiz sie als Schikane systematisch in Haftanstalten über das ganze Land verteile. "So werden auch die Familien zu Opfern," sagt Kaya, denn diese könnten sich die Busfahrt in Städte an der Schwarzmeerküste oder gar im Westen des Landes nicht leisten. Ehepartner könnten sich dadurch oft jahrelang nicht sehen. Versuche von Tuha-Der, günstige Sammeltransporte zu organisieren, seien von der Justiz konterkariert worden, indem nur jeweils eine Besucherlaubnis je Tag und Anstalt erteilt werde.

Auch die finanzielle Lage von Tuha-Der sei extrem angespannt. Viele Mitglieder könnten sich den Tuha-Der Monatsbeitrag von drei türkischen Lira (1,50 Euro) nicht leisten.

Kaya selbst habe zehn Jahre in Haft gesessen. Er stamme aus dem Dorf *Koceköy* (kurd. *Karaz*) nahe Diyarbakir. In den Jahren 1990 bis 1992 habe das Militär die Einwohner zwingen wollen, "Dorfschützer", also Paramilitärs, gegen die PKK aufzustellen. Alle 75 Familien hätten sich geweigert.

Kaya selbst sei zunächst öffentlich auf dem Dorfplatz, später in einem Gefängnis gefoltert worden. Die Repression sei irgendwann "nicht mehr zu ertragen" gewesen, ausnahmslos alle Männer und Frauen des Dorfes seien gefoltert worden. Am 27. Dezember 1992 habe das Militär das Dorf schließlich niedergebrannt. Kaya habe sich daraufhin der PKK angeschlossen. Sein Bruder, der es vorgezogen habe nach Diyarbakir zu fliehen, sei hier von türkischen "Sicherheitskräften" erschossen worden. 1994 sei Kaya in Izmir verhaftet worden, als er sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Man habe ihn 37 Tage lang schwer gefoltert, bis er mit verbundenen Augen ein ihm unbekanntes Geständnis unterschrieben habe.

Das Gericht habe dies jedoch nicht gegen ihn verwenden wollen, wenn er bekenne, dass er "bereut, dass es die PKK gibt, weil nur durch die PKK mein Dorf niedergebrannt wurde, es Krieg gibt und ich gefoltert wurde". Er habe geantwortet, dass er kein Angehöriger der PKK sei, sich der Organisation aber angeschlossen hätte, wenn er gewusst hätte, dass der Staat ihn derartig foltern würde. Dies habe er bei mehreren Gerichtsterminen wiederholt, bis er schließlich zu der zehnjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Kaya bekräftigte dies mit den Worten: "Vor der Organisation" – gemeint ist die PKK – "waren wir blind, wir konnten nicht lesen und schreiben, unsere Frauen durften keine drei Schritte vor die Tür machen. Wir kannten uns selbst nicht. Sie hat uns Augen und Ohren geöffnet, und uns zu dem gemacht, was wir heute sind."



→ Besuchserlaubnis für das Gefängnis nicht erteilt

In den letzten Monaten wurden führende PolitikerInnen der DTP und AktivistInnen des Menschenrechtsvereins IHD festgenommen und sitzen seither im Gefängnis von Diyarbakir in Haft. Unter ihnen sind Muharram Erbey, der stellv. Vorsitzende des IHD, Firat Anli, Vorsitzender der DTP, Kamuran Yükses, stellv. Vorsitzender der DTP, Bayram Altun, stellv. Vorsitzender DTP und Abdullah Demirbas, Bürgermeister der Stadt Sur. Sie haben bisher keinen Besuch von ausländischen Beobachtern empfangen dürfen.

Um zu ihnen gelassen zu werden, sandten wir vorab ein entsprechendes Gesuch an die Rechts- und Konsularabteilung der deutschen Botschaft in Ankara und die Rechts- und Presseabteilung der türkischen Botschaft in Berlin, mit der Bitte, das Schreiben an das türkische Justizministerium weiterzuleiten. Die türkische Presseabteilung stellte Rückfragen über Zusammensetzung und Hintergrund unserer Gruppe und leitete das Gesuch an die Staatsanwaltschaft in Diyarbakir weiter. Dort gibt es ein Büro für Menschenrechtsangelegenheiten und "Verschwundene", dessen Mitarbeiter auch für unseren Antrag zuständig war.

Als wir es am Donnerstag aufsuchten, hatte der Mitarbeiter bereits eine übersetzte

Zusammenfassung unseres an die Presseabteilung eingereichten Gesuchs vom Staatsgouverneur bekommen. Der wiederum hatte das Schreiben von der Presseinformationsstelle des Regierungspräsidiums in Ankara erhalten.

Das "Menschenrechtsbüro" behauptete, uns nicht helfen zu können, weil die Genehmigung des Justizministeriums noch nicht vorläge. Wir überzeugten den Mitarbeiter, dort anzurufen und nachzufragen, obwohl dies nach seinen Angaben "außerhalb seiner Zuständigkeit" läge. Als er es dennoch tat, sagte das Justizministerium, das Gesuch sei noch nicht dort eingegangen. Man empfahl uns, die deutsche Botschaft zu bitten, mit dem Außen- und dem Justizministerium zu sprechen.

Laut der deutschen Botschaft hat der Leiter der Rechts- und Konsularabteilung unser Gesuch mit einer "Verbalnote" (Nr. 5074) direkt dem Außenministerium überbringen lassen. Es ging dort bereits am 15. März ein. Zu dem Umstand, dass das Gesuch laut Staatsanwaltschaft trotzdem nicht an das Justizministerium weitergeleitet wurde, wollte sich der Abteilungsleiter später nicht äußern. Es bestehe ohnehin kein Rechtsanspruch auf eine Besuchserlaubnis, sagte er uns. Der türkische Staat sei lediglich verpflichtet, den Menschenrechtskommissar des Europarats Besuche zu ermöglichen.

Teil C – Verfolgung von Journalisten

→ Anklage gegen den Journalisten Vedat Kursun

Am Donnerstag, dem 18. März, beriet der Hohe Strafgerichtshof in Diyarbakir zum vierten Mal über den Fall des kurdischen Journalisten Vedat Kursun, der für 525 Jahre ins Gefängnis soll. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, als Chefredakteur der kurdischsprachigen Tageszeitung Azadiya Welat ("Freiheit für das Land") Propaganda für die PKK betrieben zu haben.

In der Anklageschrift sind 103 Ausgaben von Azadiya Welat aus den Jahren 2007 und 2008 aufgeführt. Bereits die Nennung der Begriffe "Kurdistan" und "Guerilla" soll nach Ansicht der Justiz gegen das türkische Anti-Terror-Recht verstoßen. Auch die Bezeichnung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan als "Anführer der Kurden", die Verbreitung von Erklärungen führenden PKK-lerInnen oder Traueranzeigen für gefallene kurdische KämpferInnen sind Gegenstand der Anklage. Seit Januar 2009 sitzt der 34-jährige gelernte Fernsichttechniker in Untersuchungshaft.

Beim Prozess nahm der Staatsanwalt neben den Richtern an deren Tisch Platz. Kursun selbst durfte jedoch nicht bei seinen Anwälten sitzen. Von zwei Soldaten bewacht konnte er in der gegenüberliegenden Ecke des Saales verfolgen, wie das Gericht nach nur wenigen Minuten den Fortgang der Verhandlung auf den 6. Mai vertagte. Dann soll ein Urteil fallen.

Azadiya Welat ist die einzige Tageszeitung in der Türkei, die in kurdischer Sprache erscheint. Nach Angaben des derzeitigen Chefredakteurs Eser Ugansiz erreicht sie eine Auflage von 15.000 Exemplaren, die in der Osttürkei und den großen Städten des Westens auf der Straße verkauft werden. Für den Vertrieb am Kiosk ist die Auflage zu gering.

Wie praktisch jedes kurdische Medium betrachtet der türkische Staat die Zeitung vor allem als Sprachrohr der PKK. "Wir sind nur ein Sprachrohr des kurdischen Volkes," sagt Ugansiz dazu. Mit Anklagen wie der gegen Kursun wolle die Regierung die Kurden zwingen

"ihre Sprachmuster zu übernehmen. Aber wir lassen uns nicht vorschreiben, wie wir zu sprechen haben."

Seitdem die Zeitung 2006 begann, täglich zu erscheinen, wurde sie fünf Mal für bis zu einen Monat geschlossen. Der Vorwurf war stets der gleiche: "Werbung für eine verbotene Organisation". Ugansiz ist der fünfte Chefredakteur. Der erste floh nach einer Verurteilung in die Schweiz. Seine Nachfolgerin Emire Demir ist wegen Propagandadelikten in 80 Fällen angeklagt. Noch läuft das Verfahren, Demir ist auf freiem Fuß. Ugansiz' Vorgänger, Ozan Kilinc produzierte im Juni 2009 nur zwölf Ausgaben von Azadiya Welat. Er wurde am 9. Februar diesen Jahres zu 21 Jahren Haft verurteilt und sitzt im Gefängnis.

Der im Gefängnis an Hepatitis B erkrankte Journalist Kursun hat zwei Jahre für die kurdische Nachrichtenagentur DIHA gearbeitet, bevor er 2007 zu Azadiya Welat kam. Als der Journalist 2009 versuchte, nach Europa zu fliehen, wurde er am Flughafen von Istanbul verhaftet. Sein Nachfolger hat für ihn wenig Hoffnung. "Der wird nicht wieder freikommen", fürchtet Ugansiz. Im Moment sei die Lage für kurdische Publizisten "so schlimm wie noch nie". Fast jeder veröffentlichte Artikel und Foto werde als Straftat gewertet. "Deshalb sind wir gezwungen, die Verantwortlichen der Zeitung ständig auszutauschen," sagt Ugansiz. Dennoch wolle die Redaktion auch dann "genau so weitermachen, wie bisher", wenn Kursun tatsächlich zu der Rekord-Strafe verurteilt wird. Ugansiz selbst rechnet damit, mittelfristig ebenfalls nach Westeuropa fliehen zu müssen.

Mit der Pressefreiheit in der Türkei gebe es "riesige Probleme," sagt auch Erol Önderoglu, der Türkei-Vertreter von Reporter ohne Gren-



→ vedat kursun

zen. Der Fall Kursun und Azadiya Welat sei nur die Spitze des Eisbergs. "Der Staat kämpft gegen die Meinungsfreiheit, wo er kann." Die Zeitung habe "Sympathien" für Öcalan geäußert und ihn als "Führer der Kurden" bezeichnet. Das rechtfertige jedoch keinesfalls solche drakonischen Strafen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHM) habe eindeutig entschieden: Nur "Hate Speech", zu deutsch etwa Aufstachelung zum Hass gegen eine Bevölkerungsgruppe oder der Aufruf zur Gewalt dürften verboten werden. Der EuGHM habe immer wieder festgestellt, dass die Türkei mit der weiten Interpretation ihres Anti-Terror-Rechts diese Regel verletze, sagt Önderoglu.

→ Verhaftung einer weiteren Journalistin, Verurteilung eines Verlegers

Laut dem Azadiya Welat-Chefredakteur Eser Uyansiz, wurde am



→ das total zivile team des kurdischen senders roj-tv auf der presstribüne des newroz-fests in diyarbakir, 21.03.10

Tag der Verhandlung gegen Kursun auch die 21-jährige kurdische Journalistin Gurbet Cakar verhaftet. Sie sei auf dem Weg zur Gerichtsverhandlung verhaftet worden, berichte Uyansiz. Cakar arbeite als Redakteurin der Frauenzeitschrift "*Herwiya Jine*". Nach ihrer Festnahme sei sie von Polizisten geschlagen und in das "E"-Typ Gefängnis von Diy-

arbakir gebracht worden.

Am nächsten Tag sei der Verleger Bedri Adnir vom Verlag "Aram Publishing" in Istanbul zu 80 Jahren Haft verurteilt worden. Adnir habe Bücher des PKK-Gründers Abdullah Öcalan verlegt, darauf dessen Foto gedruckt und ihn als "Herr Öcalan" statt als "Terroristen" bezeichnet.

Teil IV – Politische Organisation und Repression

→ Einschätzung des Anwaltsvereins

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir (*Barosu Başkanı*) Emin Aktar, habe die Regierung seit den Erfolgen der DTP bei den Kommunalwahlen am 14. April 2009 "eine neue Strategie der Repression" eingeschlagen. Die sei geschehen, obwohl die PKK am Vortag der Wahlen zum wiederholten Mal einen Waffenstillstand erklärt habe. Die türkische Regierung weigere sich mit den organisierten KurdInnen zu verhandeln. "Sie zieht es seit jeher vor, Probleme nicht durch Dialog zu lösen, sondern eigenmächtig zu entscheiden und dies dann gegen alle Widerstände durchzusetzen." Mit dieser "traditionellen Methode" sei sie auch gegen DTP-PolitikerInnen vorgegangen. "Das kurdische Pro-

blem ist ein juristisches Problem," sagte Aktar.

Die Bewegung habe dem Separatismus abgeschworen. "Wir wollen die derzeitigen Grenzen des türkischen Staates nicht verändern". Von den türkischen Bestrebungen um eine Aufnahme in die EU habe sie nicht profitiert. "Am Anfang der EU-Annäherung waren wir sehr optimistisch, dass dies die Rechte der KurdInnen befördern würde. Jetzt sind wir das nicht mehr. Es hat uns nichts genützt," sagte Aktar.

Noch immer gehe der türkische Staat "mit schmutzigen Mitteln gegen KurdInnen vor". Stattdessen müsse er seine Verantwortung für die Entvölkerung und Verbrennung kurdischer Dörfer, extralegale Tötungen und "Verschwindenlassen" anerkennen.

→ Bürgermeister von Diyarbakir unter Arrest

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, ist seit dem 19. Januar 2010 mit einem Reiseverbot belegt worden. Das Verbot sei "zeitlich unbegrenzt" ausgesprochen worden, berichtete uns Baydemir bei einem Empfang im Rathaus. Er könne deshalb nicht an internationalen Konferenzen teilnehmen oder im Ausland um Unterstützung für die Region Diyarbakir werben.

Insgesamt stehe die von der prokurdischen BDP dominierte Stadtverwaltung unter starkem politischen und juristischen Druck. "1.500 unserer Leute sitzen im Gefängnis," klagte Baydemir. Über die genauen Gründe, warum Staatsanwaltschaft und – mittelbar – der AKP-treue Provinzgouverneur die Festnahmen veranlasst haben, herr-



sche Unklarheit. Baydemir selbst sei nach dem Verbot der DTP im Januar fünf Stunden lang verhört worden. Die Staatsanwaltschaft habe ihm unter anderem die Durchführung von Fortbildungsveranstaltung für Parteimitglieder und die Organisation von Lokalkonferenzen der Partei vorgeworfen. "Das tut jede Partei der Welt, ich sehe nicht, wie wir uns da schuldig gemacht haben sollten," sagte Baydemir.

Er rechne mit weiter anhaltenden juristischen Repressionen und habe mittlerweile den Überblick verloren, wie viele Verfahren gegen ihn anhängig seien. Mittlerweile habe es nach seiner Schätzung "etwa 1.000" politisch motivierte Anzeigen gegen ihn gegeben. "Ich habe in den letzten Jahren die meiste Zeit in Justizgebäuden verbracht. Meine Freunde machen sich immer über mich lustig, sie fragen mich, ob ich Jura studiert habe, um mich selbst zu verteidigen."

Er habe Briefe erhalten, in denen ihm vorhergesagt werde, dass er von der PKK erschossen würde. "Aber warum sollten die das tun?" Er halte es vielmehr für vorstellbar, dass ein Attentat gegen ihn verübt werde, um dies anschließend der PKK in die Schuhe zu schieben. "Wenn ein mit über 60 Prozent der Stimmen demokratisch gewählter Bürgermeister einer anderen Stadt

so verfolgt würde, dann wäre die Welt nicht still," sagte Baydemir. Er erklärte sich die Tatenlosigkeit der europäischen Staaten im Hinblick auf die kurdische Frage damit, dass der türkische Staat es verstanden habe "das Kurdenproblem als Terrorproblem hinzustellen". Weil sich die EU in erster Linie auf offizielle türkische Stellen als Quellen verlasse, gelte ihr automatisch jeder, der sich für die Rechte der KurdenInnen einsetze, als TerroristIn. Bekämen die KurdInnen denen der Basken oder KatalenInnen vergleichbare Autonomierechte "dann gäbe es keine einzige Schießerei".

Baydemir berichtete, sich im vergangenen Jahr zur Vorbereitung einer Städtepartnerschaft mit dem hannoverschen Oberbürgermeister Stephan Weil getroffen und warte seitdem auf eine Antwort. Zwei Delegationsmitgliederinnen berichteten ihm, vor ihrer Abreise ebenfalls bei Weil gewesen zu sein, der ihnen mitgeteilt hätte, seinerseits auf eine Antwort aus Diyarbakir zu warten.

Baydemir sagte, beim Newroz-Fest am Sonntag "überhaupt keine negativen Zwischenfälle, sondern friedliche Feierlichkeiten" zu erwarten. Er bedankte sich, dass wir bei dem Fest zu Gast sein würden, um ihre "Hoffnung auf Frieden und Fortschritt zu teilen" und sagte, dass Newroz "Neuanfang" bedeute.

→ Leyla Zana erneut zu zwölf Jahre Haft verurteilt

Der ehemaligen Abgeordneten einer mittlerweile verbotenen DTP-Vorgängerpartei, Leyla Zana, droht erneut eine zwölfjährige Haftstrafe. Dies berichtete sie uns bei einem Treffen am Samstagnachmittag in der Zentrale der BDP in Diyarbakir. Sie hatte bis 2004 zehn Jahre im Gefängnis gesessen, weil sie in der türkischen Nationalversammlung ihrem Amtseid den kurdischen Satz hinzugefügt hatte: „Ich werde mich dafür einsetzen, dass das kurdische und das türkische Volk zusammen in einem demokratischen Rahmen leben können.“ Dafür und weil sie sich in anderen Reden für die kurdische Selbstbestimmung eingesetzt hatte, wurde von der Staatsanwaltschaft zunächst sogar die Todesstrafe für sie gefordert. 1993 sei über sie ein politisches Betätigungsverbot verhängt worden, seit ihrer Entlassung aus dem Gefängnis darf sie weder Mitglied einer Partei werden noch für eine solche sprechen. Sie dürfe nicht einmal einem Verein beitreten. Im Gegensatz zu dem Bürgermeister Baydemir darf Zana aber reisen und das Land verlassen.

Nun wurde sie erneut zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Rechtsmittel dagegen laufen, doch mit dem Verfahren umzugehen sei schwierig. "Es wird keine Gerichtsverhandlung geben, wir müssen ahnungslos warten, bis das oberste Gericht hinter verschlossenen Türen entscheidet. Mehr können wir nicht tun," sagte Zana.

Die Strafe sei mit einem Redebeitrag beim Newroz-Fest 2007 in Diyarbakir, "vier bis fünf Redebeiträgen bei Wahlveranstaltungen" und einer angeblichen DTP-Mitgliedschaft begründet. Allein hierfür soll sie für fünf Jahre ins Gefängnis. "Obwohl ich nicht DTP-Mitglied bin, wurde ich deshalb nochmal zu fünf Jahren verurteilt, das ist mir unerklärlich," sagte

Zana. Bei den inkriminierten Redebeiträgen habe sie gesagt, dass es ein kurdisches Volk gebe und dass dieses für seine Rechte kämpfen werde. "Das kurdische Volk gibt es aber laut türkischem Gesetz nicht. Ich sage den Richtern, wenn die Gesetze mich als Volk akzeptieren würden, dann würde ich mich nicht wehren, aber die Gesetze verleugnen uns ja. Die Richter sind manchmal sehr traurig und sagen, 'es tut auch uns sehr leid, wir wollen Sie hier auch nicht immer sehen', aber das Gesetz gibt uns keine andere Möglichkeit."

Auf dem Newroz-Fest am Sonntag in Diyarbakir sprach Zana als Hauptrednerin vor mehr als 700.000 Menschen. In einer 20-minütigen Rede rief sie die Menge dazu auf, in Kampf um Selbstbestimmung für das kurdische Volk nicht nachzulassen.

Zana macht vor allem die Verfassung, die die Generäle nach dem Putsch 1983 installiert haben, hierfür verantwortlich. "Darin steht nichts von Vielfalt der Völker oder Menschenrechten, sondern nur von der Macht des Militärs. Wenn unsere Kinder morgens in die Schule gehen, müssen sie immer noch jeden Morgen sagen: 'Wir sind stolze Türken.'" Auf diese Weise versuche der türkische Staat weiter, die KurdInnen zum Türkentum zu assimilieren.



→ leyla zana

Für die Lage der KurdInnen dürfe man aber nicht allein den türkischen Staat kritisieren. "Die Türkei alleine ist nicht Schuld an der Lage der Kurden, die ganze Welt verleugnet uns und betrachtet und als Terroristen und Verbrecher. Das ist ungerecht, und solange die Welt diese Ansicht nicht ändert, können wir nicht zum Frieden kommen."

Zana schwebt vor, das kurdische Volk türkeiweit einmal im Jahr in einem Referendum darüber abstimmen zu lassen, ob es einen eigenen Staat wolle. Auch Deutschland sei Schuld an der derzeitigen Lage der KurdInnen. "Wenn Deutschland damals Öcalan aufgenommen hätte, dann könnten wir uns heute in einer ganz anderen Lage unterhal-

ten." Schließlich wies sie darauf hin, dass die PKK in den letzten Jahren mehrfach einseitige Waffenstillstände erklärt habe, die von der Türkei aber nicht erwidert worden seien.

→ Massenhaft LokalpolitikerInnen im Gefängnis

Ähnlich der Stadtverwaltung leidet auch die DTP-Nachfolgepartei BDP (*Barış ve Demokrasi Partisi; Partei des Friedens und der Demokratie*) unter einer Welle juristischer Verfolgung. Der Regionalverbandsvorsitzende Cafer Kan berichtet, dass sich unter den seit 2009 verhafteten 1.500 politischen AktivistInnen zwölf BürgermeisterInnen, fünf Vorstandsmitglieder und rund 20 DTP-Ortsvereinsvorsitzende befunden haben. "Der Großteil" der übrigen Inhaftierten seien UnterstützerInnen oder einfache Parteimitglieder gewesen. Auch Fırat Anlı und Kamuran Yuksek, der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des DTP-Bezirks Diyarbakir sind in Haft.

Kan selbst hat zwölf Jahre im Gefängnis gesessen. Seit neun Monaten ist er auf freiem Fuß und in der BDP organisiert. In dieser Zeit seien drei Anzeigen wegen ideeller Unterstützung für die PKK gegen ihn gestellt worden. Am 26. März sei ein erster Prozesstermin angesetzt. Gegen seinen ebenfalls ange-



→ cafer kan

klagten Vorgänger habe die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 15 Jahren und drei Monate wegen einer einzigen Rede beantragt.

In der Türkei liege es im Ermessen der Staatsanwaltschaft, gewählten PolitikerInnen die parlamentarische Immunität zu entziehen. Faktisch werde davon besonders häufig bei kurdischen PolitikerInnen Gebrauch gemacht. Hinzu komme, dass bei Verurteilungen oft ein politisches Betätigungsverbot ausgesprochen werde.

Der Repressionsgrad erklärt sich nach Darstellung von Kan im Wesentlichen durch die breite Verankerung der BDP in der kurdischen Bevölkerung. Sie stelle eine 21-köpfige Fraktion in der türkischen Nationalversammlung, in fast 100 Städten stelle sie BürgermeisterInnen, habe Unterstützung von Millionen Menschen im Volk. Die Partei organisiere in 126 Städten die Newroz-Feierlichkeiten, zu denen sie insgesamt über 4,5 Millionen TeilnehmerInnen erwarte. Das DTP-Verbot habe der Partei "tägliche Schwierigkeiten" bereitet, aber auch neue AktivistInnen beschert. So hätten sich etwa 5.000 Freiwillige an den Newroz-Vorbereitungen beteiligt. Die mit den mehrfachen Parteiverboten einhergehenden Beschlagnahmungen könne man inzwischen besser handhaben. "Wir haben sehr viel Erfahrung gesammelt. Was ihr hier seht, das gehört uns gar nicht."

Die kurdische Bewegung leide an drei verschiedenen Formen der Repression: Erstens seien dies die eigenen, internen Schwierigkeiten. vor alle Defizite beim innerkurdischen Demokratisierungsprozess, die die politische Organisation schwer machten. Hinzu kommen die Unterdrückung durch den türkischen Staat und die Verfolgung oder Gleichgültigkeit des Auslands.

Kan stellte heraus, dass die kurdische Bewegung viel erreicht habe, etwa auf dem Gebiet der Geschlechtergerechtigkeit. So hat die

DTP in ihrer Satzung festgelegt, dass es stets eine gemischtgeschlechtliche Doppelspitze geben muss. Dem steht allerdings das türkische Parteiengesetz entgegen, dass nur eineN VorsitzendeN vorsehe.

→ DTK – Alternativer Regionalkongress der kurdischen Bewegung

2004 gründeten verschiedene kurdische Organisationen den DTK (*Demokratik Toplum Kongresi*, "Demokratischer Gesellschaftskongress"), eine Art alternatives Regionalparlament. Auf diese Weise soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den KurdInnen im Iran, Irak und Syrien gefestigt werden. Zum anderen soll eine regionalpolitische Struktur jenseits der AKP-treuen Provinzgouverneure in der Osttürkei entstehen. Der DTK geht zurück auf das 2005 von Öcalan im Gefängnis von İmralı entwickelte Modell des "demokratischen Konföderalismus", der das Ziel einer neuen, "dritten Phase" der kurdischen Politik ist. Es ist angelehnt an den US-Anarchisten Michael Bookchin.

Es soll eine demokratisch-ökologische Zivilgesellschaft im Nahen Osten schaffen, die keine Staatsgründung zum Ziel hat, sondern die Abschaffung des Staates und aller Hierarchien. Angestrebt wird dabei nicht eine kurdische Eigenstaatlichkeit und auch keine Konföderation von Teilstaaten, sondern der Aufbau einer Selbstverwaltung durch kommunale Basisorganisation und ohne die bestehenden Staatsgrenzen in Frage zu stellen.

Am Samstag trafen wir die DTK-Vorsitzende und Mitgründerin Yüksel Genc. Sie ist zusammen mit Hatip Dicle der Vorstand des DTK, da der Vorstand satzungsgemäß immer mit einem Mann und einer Frau zu besetzen ist. Dicle wurde vor kurzem wieder verhaftet, so dass Genc die Arbeit beider Vorsitzender derzeit allein bewältigen

muss. Die 37-jährige war fünf Jahre in den Bergen und kehrte von dort nach einem Aufruf Öcalans mit sieben anderen KämpferInnen als "Friedensbotschafterin" aus den Bergen 1999 zurück nach Diyarbakir. Dort jedoch wurden sie jedoch nicht als Friedensbotschafter in Empfang genommen, sondern für fünf Jahre und zwei Monate im Gefängnis von Mus inhaftiert. Die dort gefangenen Frauen waren in der PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan/Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê, der militanten iranischen Schwesterorganisation der PKK) und der PJA (Partiya Jina Azad – Partei der Freien Frau) organisiert. Im Gefängnis trafen sie sich wieder und organisierten sich neu. Daraus entstand später die



„Demokratische Freie Frauenbewegung“ DÖHK. Nach ihrer Entlassung vor fünf Jahren arbeite Genc als Journalistin für die Zeitung "Gündem".

Am DTK seien etwa 800 Delegierte aus der Wirtschaft, sozialen Organisationen, MenschenrechtsvertreterInnen, Politik und Angehörigen ethnischer Minderheiten beteiligt. Letzteres sei dem DTK besonders wichtig, weil den KurdInnen oft vorgeworfen wird, sich nur für ihre eigenen Rechte einzusetzen. Derzeit beschäftigt sich der DTK mit Vorschlägen zur Änderung der türkischen Verfassung und der ökonomischen Situation in der Osttürkei.

→ Repression gegen Lehrer

Nach Angaben des Gewerkschafters Kadaran müssen kurdische LehrerInnen weiter mit disziplinarischen Maßnahmen rechnen, wenn sie sich politisch betätigen. Er selber habe mittlerweile rund 30 Anzeigen erhalten. Eine sei von einem Militär gestellt worden, weil Kadaran eine Presseerklärung veröffentlicht hatte, dass der Militär einen Schüler geschlagen hatte, der mit dessen Sohn in Streit geraten war. Es gebe derzeit zehn Verfahren für Berufsverbote wegen politischer Aktivitäten gegen kurdische LehrerInnen. Schon die Teilnahme am Newroz-Fest reicht laut Kadaran aus. Strafversetzungen werden nach einem EUGHMR nur noch innerhalb eines Bezirks durchgeführt. Neue Inhaftierungen gebe es nicht.

FRAUENPROJEKTE

→ KADEM – Frauenzentrum in Diyarbakir/Sur

„Die schwierigste Aufgabe ist die Frauen überhaupt aus ihren Häusern zu holen“

Am Vormittag besuchten wir das KADEM – Frauenzentrum in der größtenteils von kurdischen Flüchtlingsfamilien bewohnten Altstadt von Diyarbakir. Laut der Vorsitzen-

den sind häusliche Gewalt und existenzielle Probleme besonders dort weit verbreitet.

Die Angebote von KADEM wurden im Vorfeld von den Mitarbeiterinnen auf die Bedürfnisse und Nöte der Frauen ausgerichtet. Der Zugang sollte möglichst niedrigschwellig sein und auf eine breite Akzeptanz der BewohnerInnen des Stadtteils stoßen. Das Projekt ist erst vor knapp einem Jahr mit Hilfe des mittlerweile inhaftierten Bezirksbürgermeisters Abdullah Demirbas und der BDP Kommunalverwaltung eröffnet worden. Auf engstem Raum finden hier Alphabetisierungsklassen, Ausbildungen zur Schneiderin oder zur Köchin sowie juristische und psychologische Beratungsgespräche statt. Zu den Kursen können die Frauen ihre Kinder mitbringen, die parallel betreut werden, was eine Teilnahme den Frauen erst ermöglicht.

Bislang konnten 80 Teilnehmerinnen Zertifikate erwerben und sind so in der Lage ihre Familien zu finanzieren oder eigenständig zu leben. Durch das große Interesse besteht Bedarf, die Projekte fortzusetzen und zu erweitern (Computerkurse und Ausbildung zur Friseurin). Die Finanzierung für die Fortführung der Projekte ist nicht gesichert, da die Kommune vom Gouverneur der Region keinerlei Unterstützung erwarten kann. Trotz der unklaren Situation sind die

Mitarbeiterinnen bereit, auch unentgeltlich weiterzuarbeiten.

→ DIKASUM – Einrichtung für kriegstraumatisierte Frauen

„In diesem Gebiet als Mensch zu leben ist schwer, aber als Frau ist es doppelt so schwer“

Die Einrichtung wurde 2001 durch aktive Selbstorganisation von Frauen der DÖKH (Demokratische Freie Frauenbewegung) ins Leben gerufen. Damals gab es viele Hilfe suchende Frauen, die entweder selber oder deren Angehörige durch Übergriffe des Militärs und der Polizei betroffen oder getötet wurden und unter Armut, Vertreibung und häuslicher Gewalt litten.

Um zunächst Kontakte und Austausch untereinander zu ermöglichen wurden drei Washhäuser mit Waschmaschinen eingerichtet, berichtet die Hauptverantwortliche Özlem Özen. So konnten hier die Frauen Erleichterung bei der Hausarbeit bekommen, zum Anderen war der Ort ein geschützter Anlaufpunkt.

Es gibt Räume, in denen die Kinder nach einem gewaltpräventiven pädagogischen Ansatz betreut werden. Nach und nach wurden auch soziale, psychologische und juristische Beratungsangebote integriert, um über Probleme, Sorgen und Nöte sprechen zu können und Hilfen zu vermitteln. Da der Grossteil der Frauen nur Kurdisch spricht, werden die Angebote muttersprachlich umgesetzt, was bis dahin neu war. Für Frauen, die unerträglichen Gefährdungssituationen ausgesetzt sind, wurde 2008 ein Frauenhaus mit 12 Plätzen eröffnet. Finanziert wird das Projekt von der linken, prokurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (BDP), die im Osten der Türkei die meisten Kommunalverwaltungen stellt. Nach 15 Minuten mussten wir wegen Termindruck ärgerlicherweise das Büro von Özlem Özen wieder verlassen.



→ die KADEM-geschäftsführerin

II. Bericht der Delegation Hamburg/Kiel

TeilnehmerInnen

Karin Desmarowitz

Beate Reiss

Cansu Özdemir

Jürgen Koch

Prof. Dr. Gerhard Garweg

Maria Garweg

Wilhelm Engels

Sabine Caspar

Ludger Schulte

Brigitte Reiss

Hamide Scheer

Hinrich Schultze

Robert Jarowoy

Jan van Aken (Mitglied des Deutschen Bundestages)

Norbert Hackbusch (Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft)

Bjoern Thoroe (Abgeordneter im Landtag Schleswig-Holstein)

Silvia Hauffe (Landesgeschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Landtag in Kiel)

Newroz – Für Frieden und Kurdistan

Die diesjährigen Newroz-Feiern in der Türkei waren eine beeindruckende Abstimmung mit den Füßen für Frieden und Freiheit in Kurdistan. Mehr als doppelt so viel Menschen wie je zuvor haben an den Feiern rund um den 21. März teilgenommen. Allein in der heimlichen Hauptstadt Kurdistans, Diyarbakir, waren bis zu 1 Million Menschen auf den Beinen. Die jährlichen Newroz-Feiern sind das zentrale Moment für die kurdische Bevölkerung, ihre Kultur und ihren Kampf um Selbstbestimmung zu feiern.

In diesem Jahr konnten zum ersten Mal Newroz-Feiern in allen Städten ohne nennenswerte Behinderungen durch Militär und Polizei durchgeführt werden. Selbst viele staatstragende Medien berichteten erstmalig über die Newroz Feiern, die noch vor wenigen Jahren massiv behindert und bekämpft worden waren. Wir haben an den Newroz-Feiern in Batman (ca. 500.000 TeilnehmerInnen), Sirnak (20.000) und Cizre (100.000) teilgenommen, die allesamt friedlich und ausgelassen begangen wurden. Zwar gab es mehrere Polizeisperren mit ausgiebigen Kontrollen sowie schwer bewaffnete Soldaten (zum Teil mit Maschinengewehr im Anschlag) rund um die Feste, die jedoch anscheinend niemanden am Besuch der Festlichkeiten hinderten. – Trotzdem hatten wir auf allen unseren Fahrten angesichts der vielen Panzer, Garnisonen und Straßensperren den Eindruck, in einem besetzten Land zu sein.

Während der türkische Staat offensichtlich die Newroz-Feiern nach vielen Jahren heftigster Repressalien akzeptiert hat, verschärft er parallel den Druck auf die kurdische Bevölkerung und die kurdische Partei BDP. Selbst Kinder unter zehn Jahren werden inhaftiert.

Mehr als 2000 gewählte FunktionsträgerInnen der BDP (bzw. der mittlerweile verbotenen Vorgängerpartei DTP) sitzen im Gefängnis, darunter auch 9 gewählte Bürgermeister kurdischer Städte. Der Bürgermeister von Sirnak erzählte uns, dass allein in seiner Provinz 500 FunktionärInnen der BDP im Gefängnis seien. In den letzten 45 Tagen seien 3 kurdische Aktivisten erschossen worden. Wir besuchten die Familie eines 27-jährigen ehemaligen Vorsitzenden der Jugendorganisation der BDP (damals DTP) in Senova, der 10 Tage vor unserem Besuch an einem Kontrollpunkt gezielt erschossen worden war. Er war unbewaffnet und in Begleitung von sechs Freunden, die allesamt ohne weitere Anklage oder Vorwürfe unbehelligt blieben.

Sehr oft wurden wir auf den Überfall der belgischen Polizei auf den kurdischen Fernsehsender Roj TV angesprochen, der legal über einen dänischen Satellit europaweit kurdische Nachrichten sendet. Überall konnten wir feststellen, wie wichtig dieser Sender für die kurdische Bevölkerung ist. Dementsprechend wurde der Versuch der belgischen Regierung, diesen Sender auszuschalten, mit großer Sorge und Empörung aufgenommen.

Die ständigen Menschenrechtsverletzungen fanden auch in den Newroz-Kundgebungen ihren Ausdruck. Zentrale Forderungen waren ein Stopp der Verhaftung Minderjähriger und eine Freilassung aller gewählten FunktionsträgerInnen. Zum einseitig erklärten Waffenstillstand der kurdischen bewaffneten Gruppen sagte Osman Baydemir, Bürgermeister von Diyarbakir: „Es ist Sünde, wenn Türken auf Kurden schießen, und wenn Kurden auf Türken schießen.“ Die RednerInnen auf den Kundgebungen forderten ein Ende der ständi-

gen militärische Angriffe auf die kurdischen Kräfte, um endlich dem Frieden in Kurdistan eine Chance zu geben.

Außerdem wurde die Aufhebung der 10%-Hürde gefordert, die in der Türkei für den Einzug in das Nationalparlament gilt. So wie die Massenverhaftungen der Funktionäre der BDP gilt auch die 10%-Hürde als Versuch, die kurdische Partei auf undemokratische Weise aus dem nationalen Parlament herauszuhalten.

Im Frühjahr 2011 sind wieder Wahlen in der Türkei. Es steht zu befürchten, dass die türkische Zentralregierung bis dahin die Verhaftungswelle gegen kurdische PolitikerInnen noch weiter verschärft, um die Organisation des Wahlkampfes und damit einen Wahlerfolg der BDP (die momentan mit 21 Abgeordneten im Parlament sitzt) zu verhindern.

Zum Abschluss der Reise besuchten wir noch Hasankeyf, ein Ort mit mehrtausendjähriger Geschichte und großer kulturhistorischer Bedeutung, der durch den geplanten Ilisu-Staudamm komplett unter Wasser versinken würde. Der Ilisu-Damm ist ein Megaprojekt, das den Tigris auf einer Länge von 130 Kilometern aufstauen würde. Unter dem Motto „Hasankeyf soll leben“ haben wir gemeinsam mit Umweltschützern und Menschenrechtlern aus der Region sowie mit Delegation aus Italien, den Niederlanden und dem Basenland Bäume am Tigris-Ufer gepflanzt.

III. Bericht der Delegation Berlin

Inhalt:

Berichte von den Besuchen in

Van

Kel

Caldiran

Semdinli

Colemerg

Hakkari

Cukurca

TeilnehmerInnen

→ der Delegierte der Bundestagsabgeordneten, Die Linke,

Ulla Jelpke, Michael Knapp,

→ der Soziologe und Delegierte der Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten,
Die Linke, Christiane Schneider, Martin Dolzer,

→ der Physiker und Vorstand des Rechtshilfevereins Azadi, Elmar Millich,

→ die Kunsttherapeutin Sinje Kätsch

→ und die Schiffskapitänin Maria Magdalene Mintrop.

Die Fotos ..

innerhalb dieses Abschnittes stammen von den TeilnehmerInnen dieser Delegation.

Wir besuchten im Rahmen unserer Delegationsreise Istanbul, Van, Çaldıran, Kel, Şemdinli Hakkari und Çukurca. Dort trafen wir uns mit BürgermeisterInnen (Van, Van Bostaniçi, Şemdinli, Hakkari und Çukurca) verantwortlichen PolitikerInnen, Verwaltungsangestellten, MenschenrechtlerInnen (Van, Şemdinli, Hakkari, Çukurca, u.a. IHD), Anwaltskammern und AnwältInnen (Van, Şemdinli, Hakkari), VertreterInnen der BDP (sämtliche Orte) und der Bevölkerung.

→ Gesamtüberblick

Mit großer Besorgnis mussten wir feststellen, dass in der Türkei die gravierenden Menschenrechtsverletzungen 2009 und Anfang 2010 erneut zugenommen haben. Vor dem Hintergrund politischer Instabilität und militärischer Auseinandersetzungen, sowie einer außerordentlichen Repressionswelle, ab April 2009, gegen die kurdische Partei DTP (Ende 2009 vom Verfassungsgericht verboten), die Nachfolgepartei BDP, Men-

schenrechtlerInnen und JournalistInnen, wurden insgesamt mehr als 3000 Menschen festgenommen, 1500 davon sind bis Heute zum Teil ohne Anklage inhaftiert. An jedem der von uns besuchten Orte waren Mitglieder der BDP Stadtverwaltungen und Parteigliederungen, sowie MenschenrechtlerInnen, JournalistInnen und zivilgesellschaftlich Tätige davon betroffen. Besonders in Bostaniçi, Şemdinli, Hakkari und Çukurca ist aber auch der Druck auf die Zivilbevölkerung in Form von Razzien, militärischer und polizeilicher Gewalt und psychologischer Kriegsführung sehr groß. Auch Berichte über Folter und andere Misshandlungen sowie die Anzahl extralegalen Hinrichtungen durch staatliche Kräfte hat erneut besorgniserregend zugenommen. Folter findet in letzter Zeit tendenziell eher vor Festnahmen oder ohne folgende Festnahmen, oftmals ebenfalls in Orten außerhalb von Polizeistationen statt.

Auch mussten wir feststellen, dass die türkischen Behörden auf kritische Äußerungen noch immer mit

Einschüchterungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen reagieren und Beamte mit Polizeibefugnissen auch bei gravierendsten Menschenrechtsverletzungen sehr oft strafflos bleiben. (Vergleiche auch die Studie von Human Rights Watch: Closing Ranks against Accountability/Barriers to Tackling Police Violence in Turkey).

Insgesamt wurden in der Türkei seit 2006 mehr als 400 Kinder wegen Teilnahme an Demonstrationen oder vermeintlichen Steinwürfen auf Demonstrationen, entgegen der UNO Kinderrechtsresolution, zu 4-12 Jahren Haft, durch nur für Erwachsene vorgesehene Schwurgerichte für schwere Straftaten, verurteilt. Ca. 5000 ähnliche Strafverfahren gegen Kinder sind noch anhängig. Als Grundlage der Verfahren wird meist Artikel 8 des "Anti Terror Gesetzes" verwandt, demzufolge eine Teilnahme an einer Veranstaltung die behördlicherseits einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung zugeschrieben wird, als Unterstützung, Propaganda für oder Mit-



→ newroz
in hakkari

gliedschaft in derselben ausgelegt werden kann. Viele Kinder befinden sich in diesem Zusammenhang über eine lange Zeit in Untersuchungshaft. Die Arbeit von Anwälten wird in vielen Punkten (u.a. mangelnde oder zu späte Akteneinsicht, das Abhören von Mandantengesprächen, Kriminalisierung von - und Berufsverbot gegen Anwälte in politischen Verfahren) behindert und somit eine effektive Verteidigung unmöglich gemacht.

Seit gut 10 Jahren bemüht sich die kurdische Seite um eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Die AKP Regierung wäre nun gefragt ernsthafte Schritte für eine wirkliche Demokratisierung und die Einhaltung internationaler menschenrechtlicher Standards zu unternehmen, anstatt die Kriminalisierung der VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung fortzusetzen und eine militärische Vernichtung der seit Jahren friedensbereiten PKK anzustreben.

→ Das Dorf Kel – 19.03.2010

Wir besuchten das Dorf Kel (Buğulukaynak), 130 km nördlich der zweitgrößten kurdischen Metropole Van (700000 EinwohnerInnen) nahe der Stadt Çaldıran (15.000 EinwohnerInnen).

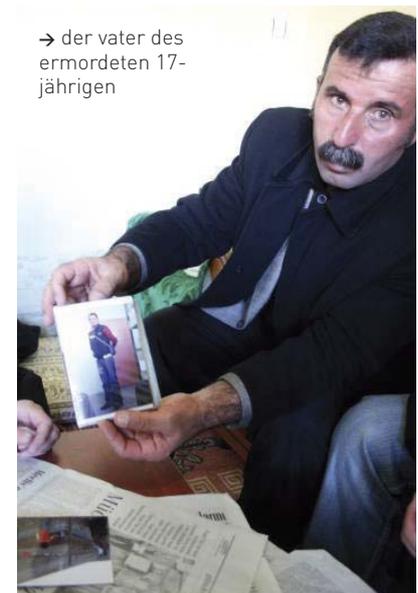
Dort richteten Sondereinheiten des türkischen Militärs (Özeltim) am 7. Oktober drei junge Menschen zwischen 17 und 20 Jahren auf brutalste Weise extralegal hin. Einheiten der Jandarma hatten sie während einer Razzia im Dorf, auf der Flucht festgenommen. Zwei der Hingerichteten waren Guerilla, einer ein jugendlicher Dorfbewohner. Die Soldaten der Jandarma übergaben die Gefangenen noch am Ort der Festnahme den Sondereinheiten, die sie dann, nach bestialischer Folter in einer Schlucht (ca. 500m vom Dorf entfernt gelegen) mit Gewehrsalven hinrichteten.

Die Jugendlichen waren nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer

Augenzeugen unbewaffnet. Der Tathergang konnte aufgrund von über 30 Metern verteilten Blutspuren und Körperresten ziemlich detailliert rekonstruiert werden. Bei den Leichen wurden die Finger und Schädel zertrümmert. Dorfbewohner berichteten von mehreren Gewehrsalven, die eine Weile nach der Verschleppung der Opfer, aus Richtung der Schlucht zu hören waren. Dutzende Soldaten beobachteten das gesamte Geschehen. Einer von Ihnen berichtete anonym darüber. Er sagte unter anderem, dass die beiden Guerilla zu den Sondereinheiten sagten, dass sie sie selbst zwar töten könnten, den siebzehnjährigen Ibrahim Atabay aber in Ruhe lassen sollten, ihn nicht foltern oder töten sollten, da er unschuldig sei.

Die Familienmitglieder, die ihre Angehörigen nach längerer Ungewissheit über den Aufenthalt der Leichen sehen konnten berichteten, dass deren Körper, über die beschriebenen Folterspuren hinaus von Kugeln durchsiebt waren.

Gleichzeitig zur extralegalen Hinrichtung, wurden ein Bruder und ein Onkel von Ibrahim Atabay, in einem Haus der Familie misshandelt und gefoltert. Während der Bruder Ibrahim Atabays, nach 41 Tagen Haft vorläufig wieder entlassen worden war, ist der Onkel seitdem in F-Typ Gefängnis von Van ohne Anklageerhebung inhaftiert. Ein Mahnmal, das die DorfbewohnerInnen zum Andenken an die Ermordeten in der betreffenden Schlucht errichteten, wurde auf Weisung des türkischen Innenministers, Besir Atalay, von 730 Jandarma mit Hilfe eines Baggers unter „Bewachung“ mit schweren Geschützen und Panzern eingerissen. Die Familie Atabay ist wegen Errichtung des Mahnmals mit einem Gerichtsverfahren konfrontiert. Die Akte mit dem Vorwurf der extralegalen Hinrichtung gegen die Täter, wurde unterdessen vom Gericht geschlossen. Die betroffene



→ der vater des ermordeten 17-jährigen

Familie lebt seitdem in ständiger Angst vor weiteren Morden. Selbst deren Rechtsanwalt ist ständigen Drohungen ausgesetzt und kann daher keine effektive Wahrnehmung der Interessen der Atabays umsetzen. Die Mitglieder der Familie wurden seit der Tat mehrmals von unterschiedlichen Sicherheitskräften und Militärs bedroht. Zudem werden sämtliche Häuser des Dorfes zwischen einmal in der Woche und einmal im Monat, jeweils von einem großen Aufgebot von „Sicherheitskräften“ durchsucht. Auf eine Parlamentsanfrage der Abgeordneten Fatma Kurtulan, antwortete das Innenministerium, den erwiesenen Tatsachen widersprechend, der 17jährige Schüler Ibrahim Atabay wäre 34 Jahre alt, PKK Kader und bewaffnet gewesen.

Die meist brutale und, neben der angestrebten Abschreckung, auf Zerstörung der Wohnungseinrichtungen abzielende Durchsuchung ganzer Dörfer ist in dieser Region eine übliche Praxis. Auch die gezielte, sich wiederholende Durchsuchung von Häusern politisch Tätiger ist hier ein gängiges Mittel der Repression. Die Durchsuchung ganzer Dörfer ist auch auf die Spaltung der Gemeinschaften ausgelegt, da seitens der Sicherheitskräfte

Schulduzuweisungen gegenüber einzelnen EinwohnerInnen gemacht werden. Wenige Tage nach unserer Rückkehr in die Bundesrepublik, wurde ebenfalls in der Region Çaldiran, Ende März 2010, der 14-jährige Junge, Mehmet Nuri Tamcuban von türkischen Soldaten erschossen und verstümmelt.

→ Çaldiran

Die Kommunalwahlen 2009, wurden in Çaldiran Berichten zufolge von massivem Wahlbetrug überschattet. Ein in Çaldiran ansässiger Cousin des ehemaligen Vorsitzenden der neoliberalen Gençpartei, erbte nach dessen Flucht ins Ausland, aufgrund massiver Korruptionsvorwürfe, die Hotelkette Rixos (u.a. mit mehreren Hotelanlagen in Antalya). Mit den daraus abgeschöpften Geldern wurden Versprechungen gemacht und Menschen bei der Wahl bestochen. In der Nacht vor dem Newrozfest (am 18.03) wurde eine Scheibe des DTP Büros von unbekanntem eingeworfen. In dieser Region ist ein derartiges Vorgehen, Berichten zufolge, eine übliche Praxis, der versuchten Einschüchterung gegenüber der BDP, durch in zivil oder vermommt auftretende „Sicherheitskräfte.“

→ Semdinli – 20. März

Şemdinli hat 12000 EinwohnerInnen. In der Region Hakkari/Şemdinli nahe der Türkisch/Irakischen Grenze finden immer wieder, wie auch zur Zeit Operationen der türkischen Armee gegen die Guerilla statt. Schon auf dem Weg von Van nach Şemdinli begegneten wir Militärkonvois unter anderem Unimogs und LKW's der Marke Mercedes. Wir erfuhren aus den regionalen Medien und von unseren AnsprechpartnerInnen, dass in der Grenzregion um Şemdinli in den letzten Tagen mehr als 15.000 Soldaten zusammengezogen wurden um eine mögliche Frühjahrsoffensive vorzubereiten. Wir konnten

nach einem Kontrollpunkt zwischen Yüsekova und Şemdinli die Stadt erreichen. Auch Şemdinli ist eine Stadt, die von Spuren der Repression, extralegalen Hinrichtungen und Militäroperationen gezeichnet ist. Wir erfuhren von 4 aktuellen Fällen von schwer Verletzten Opfern von Minenexplosionen, durch vom türkischen Militär verlegte Minen.

Şemdinli ist ebenfalls der Schauplatz von durch Todesschwadronen begangenen Verbrechen. Wir besuchten die Umut Bücherei, auf die am 9.11.2005 von Agenten des Geheimdiensts Jitem, der dem "tiefen Staat" zuzurechnen ist, ein Handgranatenanschlag verübt wurde. Als die zwei Handgranaten explodierten, waren drei anwesende Mitarbeiter gerade beim Essen. Einer wurde durch Schrapnelle tödlich, ein anderer schwer verletzt. Der

kierten die BewohnerInnen 15 Tage die Stadt. Die Täter wurden zunächst vor ein Zivilgericht gestellt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Daraufhin wurde der Prozess einem Militärgericht übergeben. Generalstabschef Yasar Büyükanit gab die Linie des Verfahrens vor, indem er die Mörder als "gute Jungs" lobte. Das Verfahren wurde verschleppt, die Mörder freigelassen. Sie haben, bei einem solchen Prozedere aller Erfahrung nach keine Verurteilung oder Konsequenz ihrer terroristischen Aktivitäten zu befürchten. Der Anschlag galt dem Buchladen wahrscheinlich, weil Seferi Yilmaz, der bei der ersten Guerillaaktion der PKK am 15.08.1984 teilgenommen hatte - und dafür bereits eine 15 Jahre lange Haftstrafe verbüßte - auch weiterhin als widerständiger Mensch gesehen wurde. Sein Name stand auf einer Todesli-



→ Dieses Schild der angegriffenen Buchhandlung ist Gegenstand eines Strafverfahrens wegen "Loben eines Straftäters"

Mitarbeiter Seferi Yilmaz konnte fliehen.

Die Bevölkerung von Şemdinli stellte die Täter in couragierter Art, die gerade ihr Fluchtfahrzeug bestiegen hatten. Dabei stellten sie eine große Menge an Dokumenten, wie Todeslisten, Attentatspläne, Handgranaten deutscher Produktion und eine große Menge anderer Waffen sicher. Die Täter wurden so gestellt und der Polizei übergeben. Als Folge dieses Ereignisses blok-

ste, die die Bevölkerung im Auto der Täter sicherstellte. Die Buchhandlung, deren Decke und Boden durch Explosionskrater bzw. Schrapnelleinschläge immer noch die Spuren des Anschlags trägt, ist auch heute noch Ziel von Repression. So wurde Seferi Yilmaz nach dem Anschlag selbst mit Klagen konfrontiert, häufig bedroht, die Buchhandlung observiert und seine Wohnung nahezu monatlich durchsucht und verwüstet. Zynisch

und humorlos zeigte sich die türkische Justiz ebenfalls, als sie das neue Schild der Bücherei, in der in Anspielung auf den Anschlag ein Fragezeichen mit Handgranate abgebildet ist, zum Anlass für ein Strafverfahren mit dem Vorwurf "Des Lobens von Straftätern" gegen Seferi Yilmaz eröffnete.

→ Colemerg/Hakkari

Nach Colemerg/Hakkari führt nur eine Straße. Um die Stadt zu erreichen muss ein Kontrollpunkt passiert werden an dem Jandarma, Polizei und Geheimdienst stationiert sind. In den letzten Jahren wurden hier auch immer wieder Menschen gefoltert.

Die Stadt wird von der BDP regiert. Bürgermeister ist Dr. Fadil Bedirhanoglu. Gegen ihn laufen derzeit fünf Gerichtsverfahren. Seine Vorgänger wurden ebenfalls kriminalisiert, zum Teil des Amtes enthoben und zu Haftstrafen verurteilt. Bedirhanoglu wurde mit über 80% der Stimmen gewählt. Hakkari hat 90000 EinwohnerInnen und lediglich einen Jahreshaushalt von 10-11 Millionen YTL. Das entspricht in etwa 5 Millionen Euro. Das Geld für ein im Bau befindliches Krankenhaus wurde staatlicherseits gestoppt. Eine zivilgesellschaftliche Organisation aus Frankreich wollte den Weiterbau des Krankenhauses finanzieren auch das wurde staatlicherseits verhindert. Der Ausbau der Kanalisation wird auf finanzieller Ebene blockiert. Ein besonderes Problem ist dabei die Berglage der Stadt, die diesen verteuert. Zuvor war es möglich Gemeindestipendien zu vergeben.

In Hakkari/Colemerg sind besonders Jugendliche von Repression betroffen. Sie werden mit Prozessen wegen der Teilnahme an Demonstrationen, meist wegen des Vorwurfs der Propaganda für eine kriminelle Vereinigung oder vermeintlichen Steinwürfen angeklagt

und in vielen Fällen zu Strafen zwischen 7 und 8 Jahren verurteilt. Eine Person wurde wegen einer Zitrone in der Tasche verurteilt, weil das als Beweis für die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gewertet wurde. Die Prozesse finden meist vor dem Schwurgericht für Erwachsene in Van unter den Regelungen des „Anti-Terror Gesetzes“ statt. Das gesamte Vorgehen widerspricht den UN Kinderrechtsregulierungen. (s.o.)

Dem IHD und Anwälten in Hakkari mangelt es ständig an finanziellen Mitteln, da die Anzahl der Anklagen in den letzten zwei Jahren stark gestiegen ist und für eine Verteidigung auch des Öfteren

100% angestiegen ist. Früher wurden die Kräuter als Medikament genutzt. Ärzte in Ankara und Hakkari haben empfohlen die Kräuter nicht mehr zu essen. Für einen großen Teil der Bevölkerung sind sie jedoch derart essentiell, dass sie nicht auf das Sammeln verzichten wollen. Die Durchfallrate ist nach Auskunft von Ärzten in Hakkari ebenfalls stark angestiegen. Ein entsprechendes Dokument liegt beim örtlichen Gericht vor. Der Hauptgrund dafür ist ebenfalls der Einsatz von Chemiewaffen, wodurch die Ebene von Bercelan verseucht ist. Von hier kommt das Trinkwasser der Stadt. Wegen einer Beschwerde gegen die Nutzung von Chemiewaffen durch das türkische Militär in Hakkari/Berceland, vor einigen Monaten, war der Vorsitzende des



hohe Kosten entstehen. Projekte des IHD, wie zum Beispiel eines zur Traumaufarbeitung, werden vom Gouverneur finanziell geblockt.

Ein großes Problem ist die Benutzung von Chemiewaffen und Entlaubungsmitteln oder Ähnlichem durch das türkische Militär in Hakkari und Umgebung. Ärzte haben festgestellt, dass die Kräuter, die in der Region wachsen und von der Bevölkerung von April bis Juni geerntet werden, mittlerweile derart vergiftet sind, dass die Magenkrebsrate in den letzten Jahren um

IHD, Ismael Akbulut, drei Monate im Gefängnis von Bitlis inhaftiert. Vorwurf war die vermeintliche Erniedrigung des türkischen Militärs und Propaganda für eine kriminelle Vereinigung. Danach wurde er wegen Mangels an Beweisen freigelassen. Delegationen aus Europa, die versuchten in die Region der Chemiewaffeneinsätze zu recherchieren, wurden bisher regelmäßig von Militär und Polizei daran gehindert.

Bei Çukurca starben Berichten zufolge sechs Guerillas an einem

Chemiewaffeneinsatz. Ihre Körper, an deren Körpern keine Einwirkung von Schusswaffen, jedoch Verätzungen und Verbrennungen, wie sie durch chemische Kampfstoffe verursacht werden, gefunden wurden, wurden Berichten und Fotos zufolge misshandelt und zerstückelt. Köpfe aufgehebelt und gelehrt, Beine abgetrennt, Hände abgeschnitten und Weiteres. Ein Autopsiebericht wurde seitens des Militärs und der Staatsanwaltschaft nicht ausgestellt. Wegen dieses Falles wird ein Verfahren auf europäischer Ebene angestrengt.

In der Provinz Hakkari werden immer wieder Menschen durch vom Militär verlegte Minen getötet oder schwer verletzt. Die meisten der ca. 1,6 Millionen Minen, die in der Türkei verlegt sind stammen aus deutscher Produktion. In der gesamten Provinz Hakkari werden den BäuerInnen in unzähligen Fällen die Weidrechte entzogen.

→ Çukurca – 22.03.2010

Die Kreisstadt Çukurca liegt in der Provinz Hakkari am äußersten südöstlichen Punkt des Landes, an der Grenze zum Irak und hat offiziell 7000 EinwohnerInnen. Die Stadt mit großer historischer Bedeutung (600 Jahre alte Burgenanlagen - Armenische und Yezidische Wurzeln - an der Seidenstraße gelegen) liegt mitten in einem beliebigen de facto erklärten militärischen Ausnahmezustandsgebiet. Das bedeutet, der Zugang und das Verlassen der Region werden vom Militär kontrolliert und reglementiert.

Es gibt, wie in Hakkari selbst, nur eine Straße die dorthin führt. Oft wird Menschen der Zugang nach Çukurca seitens des Militärs, das an einer Kreuzung (Çukurca in die eine Richtung, Uludere Şırnak in die andere Richtung) ohne rechtliche Legitimation verweigert. An Kontrollen, die wir passierten, wurde uns deutlich gemacht, dass wir als Delegation mehr als uner-



wünscht sind. Es wurde erklärt, dass das Gebiet unter Kontrolle des Militärs stehe und uns deshalb der Einlass ohne Gesetzesgrundlage verwehrt werden dürfte. An der o.g. Kontrolle wurden die Delegierten ca. 20 Minuten beschimpft und als „Logistische Unterstützung für Terroristen“ bezeichnet. Ein höherer Offizier versuchte die Delegation mit Äußerungen wie „Enkelkinder Hitlers“ und impliziten Drohungen zu provozieren. Letztendlich war es der Delegation möglich, die durch mit deutschen BTR-60 und einem Leopard Panzer besetzte Kontrolle zu passieren.

Rund um die Stadt Çukurca befinden sich Kasernenanlagen. Es ist eine Vielzahl von Panzern zu sehen. Schon auf der Strecke zwischen Hakkari und Çukurca befinden sich Posten des Militärs, der Jandarma, der Polizei und dutzenden Stellungen von Paramilitärs, den Dorfschützern. Diese sind vom Staat eingestellt, mit Waffen ausgestattet und haben mittlerweile von der AKP Regierung einen Rentenanspruch erhalten. Sie haben den Auftrag die Bevölkerung zu überwachen und einzuschüchtern sowie die Guerilla zu bekämpfen. In den letzten Jahren begingen Dorfschützer in den kurdischen Provinzen der Türkei eine Vielzahl von Morden, praktizierten Folter, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Vertreibungen und weitere

Menschenrechtsverletzungen. Die Dörfer vieler Menschen, die sich nicht zu Paramilitärs machen lassen wollten, wurden zerstört. Seit den neunziger Jahren über 4000. Wir fuhrten an dutzenden dieser Dorfruinen vorbei.

Bis vor 9 Jahren herrschte in Çukurca 20 Jahre lang, ab 17.00 Uhr eine Ausgangssperre für sämtliche BewohnerInnen. Zwischen den Gebäuden der Stadt liegen immer wieder Posten und Gebäude von Militär, Jandarma und Polizei. In Çukurca findet eine unübersehbare permanente psychologische Kriegsführung durch Polizei und Geheimdienst statt. Fälle von Erniedrigender Behandlung, Folter und Verschwindenlassen und andauernden Vorladungen politisch Aktiver zum Verhör sind Berichten zufolge häufig. Ein unbeobachtetes und ungehörtes Gespräch ist im öffentlichen Raum nicht möglich, ohne das die Betroffenen massive Repression zu befürchten hätten. Sämtliche Weiden rund um die Stadt sind im Moment militärisches Sperrgebiet – Landwirtschaft kann nur in den Stadtgrenzen betrieben werden. Diese Gegend ist normalerweise sehr fruchtbar. Es werden Reis, Pistazien, Früchte und Gemüse angebaut. Ein Teil der Hauptstraße besteht aus verlassenen, teilweise verfallenen Gebäuden. In vielen dieser Gebäuden sind noch die Einschusslöcher, von



→ Dorfruinen an der Straße nach Çukurca

einem Beschuss mit dem die Jandarma die dortigen BewohnerInnen vertrieben hat, zu sehen.

In Sichtweite der Stadt liegen die Grenzbefestigungen zwischen der Türkei und den Irakisch-Kurdischen Gebieten. Hinter diesen Posten beginnt das Gebiet, in dem sich die kurdische Guerilla aufhält. In den letzten Wochen sind zusätzlich zu den stationierten Militäreinheiten mehrere 10.000 türkische Soldaten in die Region Hakkari verlegt worden – es wird befürchtet, dass das Militär, wie in jedem Jahr eine Frühjahrsoffensive gegen die PKK beginnen wird. Die Stadt befindet sich ohnehin in einem andauernden Kriegszustand. Fast täglich, ab den Mittagsstunden, feuert das Militär mit Artilleriegeschützen über die Stadt hinweg in Richtung Irak. Die Granaten treffen Berichten zufolge vor allem Weidetiere und DorfbewohnerInnen. AnwohnerInnen in der Nähe der Artilleriestellungen wurden in den letzten Jahren durch den andauernden Lärm, sowie durch Explosionen, einstürzende Hauswände und zerberstende Scheiben verletzt. Nach massiven, lang andauernden Protesten von AnwohnerInnen schießt die Artillerie nicht mehr, wie zuvor, aus der Stadt heraus, sondern von einer im Tal liegenden Stellung über die Stadt hinweg.

Auch in der Region um Çukurca werden immer noch eine Vielzahl von Minen verlegt. Oft wissen die Soldaten selbst nicht mehr über deren Lage bescheid. Das bedeutet, dass Mensch und Tier permanent der Gefahr ausgesetzt sind, durch Minen verletzt oder getötet zu werden. Die Verlegung der Minen zerstörte große Teile der landwirtschaftlichen Nutzflächen – und zwang viele EinwohnerInnen in die Erwerbslosigkeit und somit zur Migration. Die Türkei verstößt hier wiederholt gegen die von ihr unterzeichnete Antiminenkonvention von Ottawa.

Als die Delegation sich in der Stadt bewegte, verfolgten Polizisten in Zivil oder Geheimdienstagenten jeden unserer Schritte in einem Abstand von meist weniger als zehn Metern. Ungeniert setzte sich der regionale Polizeichef, samt einem Hauptkommissar beim anschließenden Abendessen mit Mitgliedern der DTP und dem Bürgermeister der Stadt ungefragt an unseren Tisch. Sein vordergründig „freundlicher“ Auftritt sollte offenbar der Einschüchterung dienen. Unsere Gesprächspartner vermittelten uns jedoch, dass sie es aufgrund der Massivität und Kontinuität der Repression aufgegeben hätten, Angst zu haben.

Berichten zufolge kam es bei den Kommunalwahlen 2009 zu massi-

ven Betrugsversuchen der Regierungspartei AKP. So wurden neben den üblichen Bestechungen viele Soldaten und Offiziere offiziell als WählerInnen in dem Bezirk gemeldet. Die mittlerweile verbotene DTP gewann die Wahl mit 75% der Stimmen. Im Rahmen der Repressionswelle gegen politisch Aktive KurdInnen wurden in Çukurca 14 BDP Mitglieder und FunktionärInnen verhaftet und zum Teil gefoltert. Viele politisch Aktive sind mit wiederholten Hausdurchsuchungen, bei denen häufig die Wohnungseinrichtungen zerstört werden konfrontiert. Der Bürgermeister der Stadt, von der BDP, muß sich in mehreren, beliebig konstruierten Gerichtsverfahren verantworten. Schon für die kleinste Äußerung werden Menschen hier immer wieder nach dem „Anti Terror- Gesetz“ angeklagt, verurteilt und inhaftiert. Auch in der Region um Çukurca werden Berichten zufolge chemischen Waffen eingesetzt, die Boden und Pflanzen verseuchen.

Am Flusslauf des Zap sind von Hakkari bis Çukurca mehrere Staudämme geplant und im Bau. Während Projekte am Munzur in Dersim oder in Hasankeyf öffentlich bekannt und umstritten sind, wurden die Dammbauprojekte in der Provinz Hakkari bisher kaum öffentlich. Entlang des Zap Flusses werden mindestens 5, energietechnisch sinnlose Staudammprojekte errichtet. Diese Projekte dienen aller Wahrscheinlichkeit nach, militärischem und strategischem Nutzen. Die Wege der Guerilla sollen verschlossen und die verbliebene Bevölkerung vertrieben werden. Zudem kann durch die Kontrolle über sämtliche Flussläufe der Region den Nachbarstaaten Irak, Iran und Syrien das Wasser „abgedreht“ werden.

Newroz

Wir besuchten das kurdische Frühjahrsfest Newrozfest in Çaldıran ca. 3000 TeilnehmerInnen, in Şemdinli



ca. 11.000 TeilnehmerInnen und in Hakkari ca.150.000 TeilnehmerInnen.

Die Stimmung war auf jedem der Feste kraftvoll, selbstbewusst und entschlossen. Viele Menschen brachten sich mit Gedichten, Theater und Musik in das Geschehen ein. Das diesjährige Newroz stand unter dem Motto: „Entweder Demokratischer Frieden oder aufrechter Widerstand.“ In Hakkari sprachen sich in Redebeiträgen VertreterInnen der Demokratischen Friedenspartei/BDP, VertreterInnen von Gewerkschaften, Ismail Akbulut vom IHD und VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür aus, dass das Fest ein Auftakt für eine von der kurdischen Bevölkerung seit langem angestrebte friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts sein solle. Ähnlich äußerten sich RednerInnen u.a. Parlamentsabgeordnete, in Şemdinli und Çaldıran. Ein in vielen Beiträgen an sämtlichen Orten geäußertes Kritikpunkt war die seit April 2004 anhaltende Repressionswelle gegen Politiker aus den Reihen der seit Oktober 2009 verbotenen Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP) und der Nachfolgepartei BDP, in deren Verlauf mehr als 3000 PolitikerInnen, JournalistInnen und AktivistInnen festgenommen und 1500 Menschen inhaftiert wurden.

Überall brachten die TeilnehmerInnen ihre Unterstützung für Abdullah Öcalan und die PKK auf Transparenten und mit Slogans zum Ausdruck. Über die anhaltende Starrköpfigkeit der Regierung bezüglich der Rechte der KurdInnen und einer legitimen Vertretung der kurdischen Interessen herrscht im Allgemeinen Unverständnis, Trauer und Wut. Es wurde gefordert, dass die türkische Regierung Abdullah Öcalan als Gesprächspartner in einem möglichen Friedensprozess anerkennen und auch die PKK in einen Dialog einbeziehen solle. Große Kritik übten RednerInnen an der Verhaftungswelle gegen kurdische PolitikerInnen und Razzien in Kulturvereinen in Belgien, Frankreich und Italien, sowie dem Fernsehender Roj TV.

Die Menschen brachten jeweils ihren Protest gegen Repression, Militäroperationen und die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts zum Ausdruck. Auffallen ist auch die große Wut und Enttäuschung über die Repression gegen Roj TV und kurdische PolitikerInnen in der EU. Es wurde immer wieder deutlich gemacht, dass von den europäischen Staaten scheinbar nichts mehr zu erwarten sei. Kritik an der Repressiven Politik gegen die KurdInnen in der Türkei und Europa konnten

auch Delegationen aus Frankreich und Italien, sowie wir, in Grußworten zum Ausdruck bringen. NewrozteilnehmerInnen mit denen wir sprachen äußerten immer wieder den Wunsch, dass Die Linke, JournalistInnen, Presseverbände und Intellektuelle in Europa sich ebenfalls stärker solidarisch engagieren sollten.

In Syrien starben bei einem Angriff von Militär und Polizei auf das Newrozfest in der Stadt Rakka 3 Menschen, 50 wurden verletzt. Die Veranstalter berichten, dass Krankenhäuser bereits einen Tag vor dem Übergriff, auf eine größere Zahl von Verletzten vorbereitet wurden. U.a. deshalb ist von einem geplanten Massaker auszugehen. In der Türkei verliefen die Newrozfeste selbst, im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen es zu Polizeiübergriffen mit mehreren Toten kam, friedlich. In Şemdinli wurde das erste Newroz ohne Angriffe durch Polizei oder Militär überhaupt gefeiert. Aus Erfahrungen der letzten Jahre ist allerdings zu befürchten, dass die Repressionsmaßnahmen nach der Auswertung, des in großem Umfang angefertigten, Filmmaterials der Polizisten in Zivil und Uniform und dem Abzug der internationalen Öffentlichkeit beginnen.













